



Nachfrage nach Fachkräften lässt in RLP leicht nach

Im Juli 2019 ist die Zahl der Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz gestiegen. Das sei zum einen saisonal bedingt, liege aber unter Umständen auch an einem Nachlassen der Nachfrage nach Fachkräften seitens der Unternehmen, wie die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit mitteilte. Zwar sei die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Menschen im Juli um 4.500 Personen gegenüber dem Vormonat angestiegen, die Gesamtzahl liege mit 100.600 aber noch immer knapp ein Prozent unter der des Vorjahres.

„Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Monat Juli ist saisonüblich. In diesem Monat meldeten sich viele junge Menschen nach einer Ausbildung vorübergehend arbeitslos. Daher ist auch insbesondere bei dieser Personengruppe ein deutlicher Anstieg an arbeitslosen Menschen erkennbar. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Wochen ist von einer Vielzahl von Indikatoren abhängig. Für die jüngeren Menschen kann ich jedoch sagen, dass diese gut ausgebildeten Fachkräfte mit hoher Wahrscheinlichkeit bald wieder einen Arbeitsplatz finden werden“, so Heidrun Schulz, Chefin der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland.

Gleichzeitig verzeichnet die Agentur aber auch auf der Seite der Suchenden Arbeitgeber einen Rückgang. Im Monat Juli waren beim Arbeitgeber-Service der Agenturen für Arbeit und der Jobcenter 40.800 Stellen gemeldet. Das seien 200 oder 0,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die meisten Stellen gab es im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung, der so genannten Zeitarbeit (13.170), im Handel (4.060), im Verarbeitenden Gewerbe (3.990), im Gesundheits- und Sozialwesen (3.730) und im Baugeerbe (2.850).

In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Menschen in Rheinland-Pfalz, die ein Jahr und länger arbeitslos waren, deutlich gesunken. Im Jahr 2008 wurden 40.100 Langzeitarbeitslose gezählt. Im Jahr 2018 waren es 30.200. Im Juli 2019 wurden 27.600 langzeitarbeitslose Menschen gezählt. AS

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de

DGB will Wohnungsbau auf Landkreisebene

WIRTSCHAFT: Ahnen und Lewentz wollen „kommunale Bündnisse“ beim Wohnungsbau – DGB fordert Reform der Landkreisordnung – Wohnraumnot beeinträchtigt Attraktivität des Standorts

VON ANDREAS SCHRÖDER

Bezahlbares Wohnen ist ein der drängendsten Fragen unserer Zeit“, sind sich die rheinland-pfälzische Finanzministerin Doris Ahnen und Innenminister Roger Lewentz (beide SPD) einig. Es sei davon auszugehen, dass der Druck auf den Wohnungsmarkt in wachsenden Großstädten wie Mainz und in den Verdichtungsräumen im Umland dieser Schwarmstädte weiter anhalten werde. „Deswegen brauchen wir zusätzlich zu unserem starken Engagement bei der sozialen Wohnraumförderung eine höhere Bautätigkeit im kreisangehörigen Raum sowie eine bessere Verzahnung von Städten und Landkreisen“, betonten Ahnen und Lewentz Mitte August in einer gemeinsamen Erklärung.

Erreichen wollen die beiden Landesminister dieses Ziel mithilfe der „Initiierung und Förderung kommunaler Bündnisse“, so die Erklärung. „Auch auf kommunaler Seite, deren Engagement für die Bereitstellung von Bauland wie auch als Vorhabenträger unabdingbar ist, ist eine große Bereitschaft vorhanden, sich für eine Verbesserung der Wohnversorgung zu engagieren. Im Hinblick auf die derzeitigen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt und den zunehmenden Siedlungsdruck sehen wir daher eine gemeinschaftliche Betätigung der Landkreise, Verbandsgemeinden und kreisangehörigen Gemeinden im Bereich des sozialen Wohnungsbaus als grundsätzlich möglich an“, so Ahnen und Lewentz.

Beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) stieß die Erklärung der beiden Ministerien erst einmal auf Skepsis – sie gehe nicht weit genug: „Wir haben die Pressemitteilung zur Kenntnis genommen, die jedoch nicht darlegt, was das Land konkret plant“, kritisiert Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland. Man begrüßen zwar grundsätzlich alle Maßnahmen, die zu mehr Wohnraum in kommunaler Hand führten, so Muscheid. Es wäre deshalb „überfällig, dass die Landesregierung die Aufgabe angeht, auch in den Landkreisen für mehr kommunalen Wohnungsbau zu sorgen.“

Der jüngste Vorstoß der beiden Landesminister biete aber keine neuen Lösungsansätze. Die Möglichkeit, kommunale Bündnisse zu schließen, gebe es bereits. Die Zusammenarbeit zwischen den Verbandsgemeinden und den Landkreisen löse aber nicht die grundsätzlichen Probleme des Personalmangels bei den Gebietskörperschaften und der rechtlichen Hürden. „Der Ansatz, kommunale Bündnisse zu schmieden, kann punktuell für Entlastung am Wohnungsmarkt sorgen. Es reicht aber nicht aus, bei den Kommu-



Die Kreisverwaltung Alzey-Worms: Geht es nach dem Willen des DGB Rheinland-Pfalz und des Regionaltags Rheinhessen, sollen auch Landkreise in Zukunft eigenen Wohnungsbaugesellschaften gründen dürfen

nen nur für den kommunalen Wohnungsbau zu werben – es muss Strukturen und Personal geben, die dies offensiv vorantreiben. So ausgestaltet, würden wir den Ansatz der Landesregierung sehr begrüßen“, erklärte Muscheid.

Wichtig sei vor allem eine Überarbeitung der Landkreisordnung. „Die Landkreisordnung verhindert in ihrer aktuellen Form, dass Wohnungsbaugesellschaften auf der Ebene der Landkreise gegründet werden können. Dazu müssten nämlich alle Kommunen eines Landkreises zustimmen, was in der Praxis nicht funktioniert. Dies ist ein grundsätzliches rechtliches Problem, das die Landesregierung dringend angehen muss! In der gemeinsamen Pressemitteilung von Finanz- und Innenministerium war dazu nichts zu lesen. Es bleibt deshalb fraglich, ob die Landesregierung nun den Weg für kommunale Wohnungsbaugesellschaften auf der Ebene der Landkreise freimacht“, so Muscheid.

Muscheid ist nicht der Erste, der in den rechtlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau auf Landkreisebene das Problem sieht. Auch der neue Regionaltag Rheinhessen, ein gemeinsames Gremium der Landkreise Mainz-Bingen und Alzey-Worms und der Städte Worms und Mainz,

hatte sich bei seiner ersten Sitzung im April dieses Jahres mit dem Thema befasst und sich Reformen gewünscht. Die Stadt Mainz feierte erst vor wenigen Wochen ihren 220.000 Einwohner, ist damit in den vergangenen 18 Jahren um über zehn Prozent gewachsen. Dieses Wachstum mache sich auch in im Umland bemerkbar. Zu viele Verbandsgemeinden hätten aber nicht die Ressourcen, effektiven Wohnungsbau zu betreiben, so der parteiübergreifende Tenor bei der Sitzung in der Alzeier Kreisverwaltung. Landrat Ernst Walter Görisch hatte damals noch seine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass es auch auf der Landesebene inzwischen eine gewisse Reformbereitschaft gebe.

Bezahlbarer Wohnraum ist auch für viele rheinland-pfälzische Handwerker zunehmend eine Überlebensfrage. Junge Menschen entscheiden sich gegen einen Ausbildungsbetrieb, wenn eine eigene Wohnung in der Nähe nicht bezahlbar ist und die tägliche Fahrt nachhause zu den Eltern zu viel Zeit kostet. Gesellen überlegen es sich zweimal, ob sie sich für eine unter Umständen langfristige Anstellung in einem Betrieb entscheiden, wenn ein Eigenheim in der Umgebung für die Familie nicht bezahlbar ist.

Mehr Geld für Gesellen und Azubis im Elektrohandwerk

Der Fachverband Elektro- und Informationstechnik Hessen/Rheinland-Pfalz (FEHR) und die IG Metall haben eine Einigung bei den tariflichen Entgelten für das hessische und rheinland-pfälzische Elektrohandwerk erzielt, wie der Landesverband Mitte Juli mitteilte. Die Beschäftigten der Branche erhalten demnach in zwei Stufen deutlich Entgelte. Dazu ist für die Auszubildenden eine Ausbildungsvergütung vorgesehen, die laut FEHR „überproportional hoch“ sei.

Im Detail sehe die Erhöhung wie folgt aus: Die tariflichen Entgelte werden zum 1. September 2019 um 3,9 Prozent und ab dem 1. Dezember 2020 um weitere 3,4 Prozent erhöht. Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich ab dem 1. September 2019 sowie ab dem 1. September 2020 um jeweils 40 Euro in allen Ausbildungsjahren. Die Tarifverträge seien erst zum 31. Dezember 2021 wieder kündbar. Eine beidseitige Erklärungsfrist wurde bis zum 31. Juli 2019 vereinbart. AS

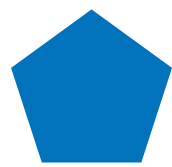
Innovationspreis RLP geht in die nächste Runde

Der Wettbewerb um den Innovationspreis Rheinland-Pfalz geht in eine neue Runde. Bereits zum 32. Mal wird der Preis ausgeschrieben. Interessenten können sich online unter www.innovationspreis-rlp.de informieren und bewerben. Die Ausschreibung für den Innovationspreis, der unter anderem auch in einer eigenen Kategorie „Handwerk“ vergeben wird, läuft bis zum 31. Oktober 2019.

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, lädt Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen in Rheinland-Pfalz ein, sich an der diesjährigen Ausschreibung in den Kategorien „Unternehmen“, „Handwerk“, „Kooperation“, „Industrie“ und dem Sonderpreis des Wirtschaftsministers „3D-Druck: Produkte, Verfahren, Geschäftsmodelle“ zu beteiligen. In der Sonderpreis-Kategorie werden Unternehmen gesucht, die durch den 3D-Druck neue Produkte oder Verfahren anbieten oder neue Geschäftsmodelle erschließen.

Der Preis ist mit insgesamt 40.000 Euro dotiert und wird gemeinsam vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern verliehen.

Teilnahmeberechtigt sind Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen, die ihren Firmensitz, Standort oder Wohnsitz in Rheinland-Pfalz haben und dort innovative Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen entwickeln, fertigen, einsetzen und vermarkten.



BerufsCheck
Verdienst-Dauer-Anforderungen

Der BerufsCheck gibt Infos über

130 Ausbildungsberufe mit

Verdienstmöglichkeit

Dauer

Anforderungen

Deine Ausbildung im Handwerk



© Serhii Kryzhenko/stockphoto.com

www.handwerksblatt.com/berufscheck

Mehr Geld für Gesellen und Azubis im Elektrohandwerk

Der Fachverband Elektro- und Informationstechnik Hessen/Rheinland-Pfalz (FEHR) und die IG Metall haben eine Einigung bei den tariflichen Entgelten für das hessische und rheinland-pfälzische Elektrohandwerk erzielt, wie der Landesverband Mitte Juli mitteilte. Die Beschäftigten der Branche erhalten demnach in zwei Stufen deutlich Entgelte. Dazu ist für die Auszubildenden eine Ausbildungsvergütung vorgesehen, die laut FEHR „überproportional hoch“ sei.

Im Detail sehe die Erhöhung wie folgt aus: Die tariflichen Entgelte werden zum 1. September 2019 um 3,9 Prozent und ab dem 1. Dezember 2020 um weitere 3,4 Prozent erhöht. Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich ab dem 1. September 2019 sowie ab dem 1. September 2020 um jeweils 40 Euro in allen Ausbildungsjahren. Die Tarifverträge seien erst zum 31. Dezember 2021 wieder kündbar. Eine beidseitige Erklärungsfrist wurde bis zum 31. Juli 2019 vereinbart. **AS**

Innovationspreis RLP geht in die nächste Runde

Der Wettbewerb um den Innovationspreis Rheinland-Pfalz geht in eine neue Runde. Bereits zum 32. Mal wird der Preis ausgeschrieben. Interessenten können sich online unter www.innovationspreis-rlp.de informieren und bewerben. Die Ausschreibung für den Innovationspreis, der unter anderem auch in einer eigenen Kategorie „Handwerk“ vergeben wird, läuft bis zum 31. Oktober 2019.

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, lädt Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen in Rheinland-Pfalz ein, sich an der diesjährigen Ausschreibung in den Kategorien „Unternehmen“, „Handwerk“, „Kooperation“, „Industrie“ und dem Sonderpreis des Wirtschaftsministers „3D-Druck: Produkte, Verfahren, Geschäftsmodelle“ zu beteiligen. In der Sonderpreis-Kategorie werden Unternehmen gesucht, die durch den 3D-Druck neue Produkte oder Verfahren anbieten oder neue Geschäftsmodelle erschließen.

Der Preis ist mit insgesamt 40.000 Euro dotiert und wird gemeinsam vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern verliehen.

Teilnahmeberechtigt sind Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen, die ihren Firmensitz, Standort oder Wohnsitz in Rheinland-Pfalz haben und dort innovative Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen entwickeln, fertigen, einsetzen und vermarkten.

DGB will Wohnungsbau auf Landkreisebene

WIRTSCHAFT: Ahnen und Lewentz wollen „kommunale Bündnisse“ beim Wohnungsbau – DGB fordert Reform der Landkreisordnung – Wohnraumnot beeinträchtigt Attraktivität des Standorts

VON ANDREAS SCHRÖDER

Bezahlbares Wohnen ist ein der drängendsten Fragen unserer Zeit“, sind sich die rheinland-pfälzische Finanzministerin Doris Ahnen und Innenminister Roger Lewentz (beide SPD) einig. Es sei davon auszugehen, dass der Druck auf den Wohnungsmarkt in wachsenden Großstädten wie Mainz und in den Verdichtungsräumen im Umland dieser Schwarmstädte weiter anhalten werde. „Deswegen brauchen wir zusätzlich zu unserem starken Engagement bei der sozialen Wohnraumförderung eine höhere Bautätigkeit im kreisangehörigen Raum sowie eine bessere Verzahnung von Städten und Landkreisen“, betonten Ahnen und Lewentz Mitte August in einer gemeinsamen Erklärung.

Erreichen wollen die beiden Landesminister dieses Ziel mithilfe der „Initiierung und Förderung kommunaler Bündnisse“, so die Erklärung. „Auch auf kommunaler Seite, deren Engagement für die Bereitstellung von Bauland wie auch als Vorhabenträger unabdingbar ist, ist eine große Bereitschaft vorhanden, sich für eine Verbesserung der Wohnversorgung zu engagieren. Im Hinblick auf die derzeitigen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt und den zunehmenden Siedlungsdruck sehen wir daher eine gemeinschaftliche Betätigung der Landkreise, Verbandsgemeinden und kreisangehörigen Gemeinden im Bereich des sozialen Wohnungsbaus als grundsätzlich möglich an“, so Ahnen und Lewentz.

Beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) stieß die Erklärung der beiden Ministerien erst einmal auf Skepsis – sie gehe nicht weit genug: „Wir haben die Pressemitteilung zur Kenntnis genommen, die jedoch nicht darlegt, was das Land konkret plant“, kritisiert Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland. Man begrüßen zwar grundsätzlich alle Maßnahmen, die zu mehr Wohnraum in kommunaler Hand führten, so Muscheid. Es wäre deshalb „überfällig, dass die Landesregierung die Aufgabe angeht, auch in den Landkreisen für mehr kommunalen Wohnungsbau zu sorgen.“

Der jüngste Vorstoß der beiden Landesminister biete aber keine neuen Lösungsansätze. Die Möglichkeit, kommunale Bündnisse zu schließen, gebe es bereits. Die Zusammenarbeit zwischen den Verbandsgemeinden und den Landkreisen löse aber nicht die grundsätzlichen Probleme des Personalmangels bei den Gebietskörperschaften und der rechtlichen Hürden. „Der Ansatz, kommunale Bündnisse zu schmieden, kann punktuell für Entlastung am Wohnungsmarkt sorgen. Es reicht aber nicht aus, bei den Kommu-



Die Kreisverwaltung Alzey-Worms: Geht es nach dem Willen des DGB Rheinland-Pfalz und des Regionaltags Rheinhessen, sollen auch Landkreise in Zukunft eigenen Wohnungsbaugesellschaften gründen dürfen

nen nur für den kommunalen Wohnungsbau zu werben – es muss Strukturen und Personal geben, die dies offensiv vorantreiben. So ausgestaltet, würden wir den Ansatz der Landesregierung sehr begrüßen“, erklärte Muscheid.

Wichtig sei vor allem eine Überarbeitung der Landkreisordnung. „Die Landkreisordnung verhindert in ihrer aktuellen Form, dass Wohnungsbaugesellschaften auf der Ebene der Landkreise gegründet werden können. Dazu müssten nämlich alle Kommunen eines Landkreises zustimmen, was in der Praxis nicht funktioniert. Dies ist ein grundsätzliches rechtliches Problem, das die Landesregierung dringend angehen muss! In der gemeinsamen Pressemitteilung von Finanz- und Innenministerium war dazu nichts zu lesen. Es bleibt deshalb fraglich, ob die Landesregierung nun den Weg für kommunale Wohnungsbaugesellschaften auf der Ebene der Landkreise freimacht“, so Muscheid.

Muscheid ist nicht der Erste, der in den rechtlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau auf Landkreisebene das Problem sieht. Auch der neue Regionaltag Rheinhessen, ein gemeinsames Gremium der Landkreise Mainz-Bingen und Alzey-Worms und der Städte Worms und Mainz,

hatte sich bei seiner ersten Sitzung im April dieses Jahres mit dem Thema befasst und sich Reformen gewünscht. Die Stadt Mainz feierte erst vor wenigen Wochen ihren 220.000 Einwohner, ist damit in den vergangenen 18 Jahren um über zehn Prozent gewachsen. Dieses Wachstum mache sich auch in im Umland bemerkbar. Zu viele Verbandsgemeinden hätten aber nicht die Ressourcen, effektiven Wohnungsbau zu betreiben, so der parteiübergreifende Tenor bei der Sitzung in der Alzeier Kreisverwaltung. Landrat Ernst Walter Görisch hatte damals noch seine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass es auch auf der Landesebene inzwischen eine gewisse Reformbereitschaft gebe.

Bezahlbarer Wohnraum ist auch für viele rheinland-pfälzische Handwerker zunehmend eine Überlebensfrage. Junge Menschen entscheiden sich gegen einen Ausbildungsbetrieb, wenn eine eigene Wohnung in der Nähe nicht bezahlbar ist und die tägliche Fahrt nachhause zu den Eltern zu viel Zeit kostet. Gesellen überlegen es sich zweimal, ob sie sich für eine unter Umständen langfristige Anstellung in einem Betrieb entscheiden, wenn ein Eigenheim in der Umgebung für die Familie nicht bezahlbar ist.



Nachfrage nach Fachkräften lässt in RLP leicht nach

Im Juli 2019 ist die Zahl der Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz gestiegen. Das sei zum einen saisonal bedingt, liege aber unter Umständen auch an einem Nachlassen der Nachfrage nach Fachkräften seitens der Unternehmen, wie die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit mitteilte. Zwar sei die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Menschen im Juli um 4.500 Personen gegenüber dem Vormonat angestiegen, die Gesamtzahl liege mit 100.600 aber noch immer knapp ein Prozent unter der des Vorjahres.

„Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Monat Juli ist saisonüblich. In diesem Monat meldeten sich viele junge Menschen nach einer Ausbildung vorübergehend arbeitslos. Daher ist auch insbesondere bei dieser Personengruppe ein deutlicher Anstieg an arbeitslosen Menschen erkennbar. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Wochen ist von einer Vielzahl von Indikatoren abhängig. Für die jüngeren Menschen kann ich jedoch sagen, dass diese gut ausgebildeten Fachkräfte mit hoher Wahrscheinlichkeit bald wieder einen Arbeitsplatz finden werden“, so Heidrun Schulz, Chefin der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland.

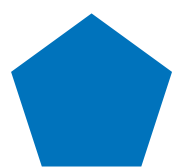
Gleichzeitig verzeichnet die Agentur aber auch auf der Seite der Suchenden Arbeitgeber einen Rückgang. Im Monat Juli waren beim Arbeitgeber-Service der Agenturen für Arbeit und der Jobcenter 40.800 Stellen gemeldet. Das seien 200 oder 0,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die meisten Stellen gab es im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung, der so genannten Zeitarbeit (13.170), im Handel (4.060), im Verarbeitenden Gewerbe (3.990), im Gesundheits- und Sozialwesen (3.730) und im Baugeerbe (2.850).

In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Menschen in Rheinland-Pfalz, die ein Jahr und länger arbeitslos waren, deutlich gesunken. Im Jahr 2008 wurden 40.100 Langzeitarbeitslose gezählt. Im Jahr 2018 waren es 30.200. Im Juli 2019 wurden 27.600 langzeitarbeitslose Menschen gezählt. **AS**

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



BerufsCheck
Verdienst-Dauer-Anforderungen

Der BerufsCheck gibt Infos über

130 Ausbildungsberufe mit

Verdienstmöglichkeit

Dauer

Anforderungen

Deine Ausbildung im Handwerk



© Serhii Kyrychenko/stockphoto.com

www.handwerksblatt.com/berufscheck